

## Skating on Stilts:

### Why we aren't stopping tomorrow's terrorism

Der erste *Assistant Secretary for Policy* des *United States Department of Homeland Security* (DHS), Stewart A. Baker unter Präsident George W. Bush, stellte bei der Veranstaltung *Skating on Stilts* sein gleichnamiges Buch vor. Er verdeutlichte die Bedeutung nationaler Sicherheit, um auch in Zukunft Terroristen vor der Wiederholung eines 9/11 abzuhalten.

Für Baker war die strikte Trennung - *The Wall* - zwischen den Geheimdiensten und Exekutivorganen wie die Polizei ein Grund für die Tragödie. Er selbst war zunächst für die Trennung, im Nachhinein bedauert er dies jedoch. Nach dem 11. September hätten alle Institutionen ihre internen Prozesse untersucht und – wo nötig – Verbesserungen eingeführt. Beim FBI sei dies jedoch nicht der Fall gewesen. Die FBI-Agenten seien weiterhin der Meinung gewesen, dass eine zu freigiebige Informationsweitergabe gegen *The Wall* hätte verstoßen können. Verstöße gegen die vorgeschriebene Trennung hätten negative Auswirkungen und ein Gerichtsverfahren mit sich gebracht. Dieser Fehler, dass *The Wall* und die Sicherung von Freiheitsrechten wichtiger als das Auffinden von Terroristen seien, sei bis jetzt noch nicht ausreichend angesprochen worden. Des Weiteren konnten die Terroristen nicht über die Datenbanken der Fluggesellschaften identifiziert werden, da die Regierung keinerlei Zugangsberechtigung zu diesen Daten hatte. Die Anschläge vom 11. September veranlassten Baker in die Politik zurückzukehren. So begann er seine Arbeit beim DHS. Dort sollte er Möglichkeiten für einen effektiveren Schutz der amerikanischen Grenzen erörtern. Dies ist ihm gelungen. In den vergangenen Jahren konnte der Schutz der Gren-

zen deutlich verbessert werden. Trotzdem gäbe es immer noch Sicherheitslücken. So habe zum Beispiel in Detroit ein einzelner Mann den Beinahe-Absturz eines Flugzeugs verursacht. Dies sei nur möglich gewesen, weil der Fokus bis dahin auf dem Schutz der Grenzen und weniger auf den Informationen der Flugreisenden gelegen habe. Baker führt dies darauf zurück, dass Verfechter der Freiheitsrechte und des Datenschutzes darauf bestanden hätten, die einschneidenden Gesetze, welche nach dem 11. September erlassen wurde, wieder rückgängig zu machen. Somit habe die Regierung keinen Zugang mehr zu den Reisedaten für den inländischen Reiseverkehr gehabt.

Datenschutzbestimmungen der Europäischen Union sind für Baker ein weiteres Problem. Die EU habe in mehreren Verhandlungen klargestellt, dass die Daten europäischer Reisender nicht einfach an amerikanische Institutionen zur Überprüfung weitergegeben werden können. Baker brachte auch weitere Bedrohungen zur Sprache. Ein weiterer Grund für die Anschläge sei die mangelnde Vorstellungskraft für diverse Katastrophenszenarios gewesen. In dem Zusammenhang verweist er auf die Gefahren, die von Computernetzwerken und Biotechnologie ausgehen. Neue Arten der Kriegsführung und Spionage könnten Wirklichkeit werden, obwohl sich nur wenige Leute das vorstellen können. Baker sprach ebenfalls an, dass durch die Fortschritte innerhalb des biotechnischen Sektors bald ein einfacher Student in der Lage sein könnte, eine Katastrophe auszulösen, wenn er – zum Beispiel – Viren freisetze. Abschließend sagte er, dass solche Katastrophen in der Zukunft nur verhindert werden können, wenn Privacy-Verfechter über-

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**USA**

ELISABETH WURSTER

**August 2010**

**[www.kasusa.org](http://www.kasusa.org)**

**[www.kas.de](http://www.kas.de)**

zeugt und umgestimmt werden. In der abschließenden Fragerunde erläuterte Baker, wieso die derzeitigen Bestimmungen zum Schutz der Privatsphäre überholt seien. Die Bürger hätten ihre elementaren Rechte aus dem 4. Zusatzartikel zur Verfassung in eine eigene Philosophie verwandelt. Historisch gesehen sei das Recht zur Privatsphäre von einem Richter eingeführt worden. Dieser sei schockiert gewesen, dass Bilder von ihm in der Zeitung abgedruckt worden seien. In der heutigen Gesellschaft, mit Facebook, Flickr und so weiter, müssten neue Bestimmungen angedacht werden. Gesetze müssten so geschrieben sein, dass sie die neuen Technologien berücksichtigen. Damit solle verhindert werden, dass zwar jeder im Internet den Zugang zu fremden Daten habe, die Regierungsinstitutionen aber keine Daten sammeln dürften. Cyber Security sei ein weiteres Problem, dass bis jetzt weder Präsident Clinton, Bush oder Obama angegangen hätten. Dafür sei es notwendig, die Anonymität im Netz abzuschwächen.